Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

ZWISCHEN VIETNAMGESPRÄCH UND STUDENTENUNRUHEN

Paris ist Mitte Mai zu einem Brennpunkt des weltpolitischen Geschehens geworden. Im ehemaligen *Hotel Majestic*, während des Zweiten Weltkrieges Sitz der Gestapo, trafen sich am 10. Mai erstmals die Vertreter Nordvietnams und der Vereinigten Staaten zu den angekündigten *Präliminargesprächen* über eine Beilegung des Konfliktes in Südostasien. Während die amerikanischen und nordvietnamesischen Delegationen zusammentrafen, hatte sich die französische Hauptstadt in ein Tohuwabohu verwandelt: im Quartier Latin fanden eigentliche Straßenkämpfe statt, und am 13. Mai — dem zehnten Jahrestag des Putsches von Algier, der General de Gaulle an die Macht zurückbrachte — wurde Frankreich durch einen *Generalstreik* gelähmt, den die Gewerkschaften aus Solidarität mit den Studenten ausgerufen hatten.

Erste Schritte der De-Eskalation?

Niemand kann heute schon beurteilen, wie sich die Kontakte, die gegenwärtig in Paris zwischen Hanoi und den USA stattfinden, weiter entwickeln werden, niemand weiß auch, ob der 10. Mai 1968, an dem sie begannen, einen *Wendepunkt* in der Nachkriegsgeschichte bedeutet oder ob er nur einen *Markstein* in der politischen Entwicklung der vergangenen Jahre darstellt. Was an diesem Tag in Paris begonnen hat, sind noch keineswegs Friedensverhandlungen, sondern lediglich erste Fühler, mit denen das Terrain sondiert werden soll. Die *taktischen Manöver* im Vorfeld dieser Präliminargespräche haben bereits einen Vorgeschmack dessen gegeben, was man in den kommenden Wochen und Monaten zu erwarten haben wird. Wochenlang ist lediglich um den Tagungsort der Gespräche ein zähes Feilschen geführt worden, und die Fühlungnahme schien am toten Punkt angelangt, als Hanoi plötzlich am 3. Mai einlenkte und Paris in Vorschlag brachte — einen Ort, dem die Amerikaner zwar nicht mit Begeisterung, aber doch ohne weitere Bedenken zustimmen konnten.

Die Gespräche begannen zunächst in wenig verheißungsvoller Atmosphäre. Die nordvietnamesische Delegation hat von allem Anfang an verkündet, daß sie nicht bereit ist, von ihrem Standpunkt — Einstellung aller Bombardierungen als Vorbedingung für die Aufnahme eigentlicher Friedensverhandlungen — auch nur um ein Jota abzurücken. Man wird diese Haltung *cum grano salis* zu nehmen haben. Sie ist ein Teil der Verhandlungstaktik. Hanoi will — wie übrigens die Gegenseite selbstverständlich auch — sein «Gesicht wahren», es will nicht mit Konzessionen beginnen, die seine Position schwächen könnten. Nach wie vor weigert es sich, auf die *Formel von San Antonio* einzuschwenken und bei einer Einstellung der amerikanischen Bombardierungen wenigstens in Aussicht zu stellen, daß die Infiltration Südvietnams von Norden her aufhören würde. Jedermann weiß, daß eine Lösung des Vietnamkonfliktes nur auf dem Weg über eine gegenseitige De-Eskalation erreicht werden kann. Die Vereinigten Staaten haben mit der Einschränkung ihrer Bombenangriffe auf Nordvietnam einen ersten sichtbaren Schritt getan. An Hanoi wäre es nun, eine *Gegenleistung* zu erbringen.

Die Berichte vom Kriegsschauplatz in Vietnam deuteten im Zeitpunkt der Aufnahme der Gespräche nicht darauf hin, daß von kommunistischer Seite eine solche Geste zu erwarten wäre. Im Gegenteil: als der amerikanische Sonderbotschafter *Averell Harriman* und sein nordvietnamesischer Gegenspieler *Xuan Thuy* sich in Paris trafen, tobten in Vietnam die Kämpfe hef-

tiger als in den Wochen zuvor. Die Kommunisten hatten eine Art «Konferenzoffensive» gestartet mit dem leicht durchschaubaren Ziel, sich für Paris eine günstige Ausgangsstellung zu erkämpfen. Damit zeigt sich von allem Anfang an, unter welchen Belastungen die kommenden Gespräche stehen werden. Auf der Konferenz von Paris lastet der Druck einer Kriegführung, die als taktisches Mittel in die Verhandlungen einbezogen wird. So ist eine Situation entstanden, nicht unähnlich jener in Korea vor anderthalb Jahrzehnten, als sich die beiden Parteien gegenübersaßen und ihren Friedenswillen und ihre Bereitschaft zum Waffenstillstand betonten, während immer noch Blut floß. Der Ausgang der Verhandlungen in Kaesong und Panmunjom in den Jahren 1951—1953 zeigt, daß es selbst unter solchen Voraussetzungen möglich ist, zu einer Vereinbarung zu gelangen, die zwar nicht einen endgültigen Frieden bedeutet, aber doch wenigstens zu einer Einstellung der Feindseligkeiten führt. Über die Fristen, innerhalb welcher ein solches Übereinkommen erreicht werden kann, wagt niemand Prognosen zu stellen; selbst die optimistischsten Beobachter rechnen mit langen Terminen.

Revolte oder Revolution?

Während sich in dem seit Jahren die Welt belastenden Vietnamkonflikt endlich wenigstens die *Umrisse von Lösungsmöglichkeiten* abzuzeichnen beginnen, sehen sich Europa und Amerika urplötzlich mit einem neuen Phänomen konfrontiert — den Unruhen unter den Studenten. Die gärende Unrast an den Universitäten, deren Ausgangspunkt in den ersten Demonstrationen an der kalifornischen Berkeley-Universität Ende 1964 gesehen wird, hat nun auf fast alle Länder Europas übergegriffen. In Deutschland entzündeten sie sich vergangenes Jahr am Besuch des Schah von Iran; sie schwelten weiter und erlebten einen neuen Höhepunkt, als am 11. April in Berlin der SDS-Ideologe *Rudi Dutschke* von einem asozialen Subjekt auf offener Straße niedergeschossen wurde. Über die Osterfeiertage verwandelten sich viele deutsche Städte in Zentren wüster Krawalle, wobei die studentischen Kundgebungen sich weniger gegen die politischen Institutionen, als gegen den Springer-Konzern richtete, der stellvertretend für das sogenannte Establishment den Zorn der Studenten auf sich geladen hatte. Welchen Grad des Fanatismus die Unruhen in Deutschland erreichten, zeigte sich an der Tatsache, daß zwei Todesopfer zu beklagen waren, nachdem schon letztes Jahr bei den Schah-Demonstrationen in Berlin ein Student von einem Polizisten tödlich verletzt worden war.

Während aber in Deutschland die studentische Unruhe sich auf den Kreis um die Hochschulen beschränkte und die demonstrierenden jungen Leute bei der Bevölkerung auf Ablehnung, ja Feindseligkeit stießen, gelang es ihnen in Frankreich, einen *eigentlichen Aufruhr* zu entfesseln, der das ganze Land in Mitleidenschaft zog. Am Anfang standen zwar wie in Deutschland und Amerika universitätsinterne Probleme. Aber schon die Unruhen im Pariser Quartier Latin vom Wochenende des 5. Mai zeigten ungleich gefährlicheren Charakter als die Osterausschreitungen in Deutschland. Als es wenige Tage später in Paris erneut zu schweren Zusammenstößen kam, schwenkten die *Gewerkschaften* in die Front der Studenten ein und proklamierten einen Generalstreik. Zum ersten Male seit Beginn der studentischen Bewegung vor dreieinhalb Jahren war es damit gelungen, die *Arbeiterschaft* in die Revolte einzubeziehen. Damit verlieren die Studentenununruhen ihren marginalen Charakter; sie werden zu einem politischen Problem ersten Ranges. Wenn das französische Beispiel Schule machen sollte und in Deutschland, etwa im Zeichen des Kampfes gegen die *Notstandsgesetze*, die Gewerkschaften sich ebenfalls hinter die Studenten stellen, erhält diese Bewegung, die bisher die Revolte einer Minderheit innerhalb einer Minderheit war, plötzlich eine *Massenbasis*, von der aus das Feuer der Unzufriedenheit rasch um sich greifen könnte. Hier droht

eine *Eskalation*, die Land um Land einbeziehen könnte und an deren Ende zweifellos ein drohendes Chaos stünde. Zu welchen Ausweitungen diese Unruhen führen könnten und welche unkontrollierbaren Reaktionen möglicherweise eintreten, zeigte das Ergebnis der Landtagswahl in *Baden-Württemberg*, wo — wenige Tage nach den Osterunruhen — die rechtsradikale NPD einen steilen Aufstieg erlebte. Hier tauchen Gefahren auf, deren Ausmaß heute nur erahnt werden kann.

Man wird deshalb die Studentenunruhen, selbst wenn man sie nicht überbewertet und dramatisiert, nicht mit einer leichtfertigen Handbewegung abtun können. Sie zeigen, daß sich in einer Gesellschaft, die immer stärker darauf hin tendiert, die *Wohlfahrt* einer größtmöglichen Zahl als einzigen Zweck und einziges Ziel zu proklamieren, von einer Seite her Probleme stellen, von der man es am allerwenigsten erwartet hätte. Zu lange ist im Drange einer möglichst raschen Expansion des materiellen Lebens die *geistige Basis*, aus der sich dieses Leben erneuern muß, vernachläßigt worden. Die Hochschulen sind zu lange Stiefkind der Gesellschaft gewesen; ihre Reform ist zu lange als «quantité négligeable» behandelt worden. Nun drängen die Probleme auf eine Lösung, nachdem die Bewegung der Studenten über die Hochschulen hinauszugreifen beginnt und die Existenz des Staates zwar nicht bedroht oder gefährdet, aber doch ernstlich in Frage stellt. Die Unruhen in Frankreich sind ein unüberhörbares Signal. Man wird gut daran tun, die *Ursachen* dieser Bewegung aufzuspüren und sich nicht damit zu begnügen, die *Symptome* zu bekämpfen.

Osteuropa in Bewegung

Parallel dazu, aber nicht unmittelbar beeinflußt durch diese Vorgänge im Westen spielt sich in Osteuropa eine Wandlung ab, deren Ergebnisse heute noch nicht abzusehen sind. Die Bewegung, die im Januar in der *Tschechoslowakei* eingesetzt hat, ist bis jetzt nicht zur Ruhe gekommen. Aber sie hat doch ihren äußersten Punkt erreicht, der von Moskau noch toleriert wird. Die *hektische Reisediplomatie* im Ostblock in den vergangenen Wochen war ein bezeichnendes Symptom dafür. Am 5. Mai war die tschechoslowakische Parteiführung in Moskau. Wenige Tage später versammelte sich in der sowjetischen Hauptstadt die Prominenz der moskautreuen kommunistischen Parteien. Die Tschechoslowakei und Rumänien fehlten — so weit ist also die Erosion in dem einst monolithischen Ostblock bereits fortgeschritten.

Gleichzeitig mit diesen Konferenzen verbreitete sich eine unverkennbare *Nervosität* über Osteuropa, die ihren Ursprung in tatsächlichen Befürchtungen haben mag, die aber von Moskau offensichtlich bewußt als *Einschüchterungskampagne* gegen die unbotmäßigen Reformer in Prag geschürt wird. Meldungen über Truppenbewegungen wollten nicht verstummen und gaben Anlaß zu der Befürchtung, die Tschechoslowakei werde sich in ein *neues Ungarn* verwandeln. Es handelt sich dabei weniger um Drohungen mit realem Hintergrund, als um einen *Nervenkrieg*, mit dem Prag zermürbt werden soll. Moskau kann sich in einem Augenblick, da es alle Hände voll zu tun hat, um seine unbotmäßigen Satelliten zusammenzuhalten, kaum eine Gewaltlösung leisten. Viele andere Möglichkeiten stehen ihm noch offen. Zudem haben die neuen Machthaber in Prag bisher klug taktiert und jede Konfrontation mit der Sowjetunion vermieden. Dubcek, Cernik und Svoboda haben sich im Gegenteil in ihren *Freundschaftsbeteuerungen* gegenüber der UdSSR geradezu überboten. Umstürzende und revolutionäre Änderungen sind in Osteuropa deshalb kaum zu erwarten; alles deutet darauf hin, daß sich hier Umschichtungen anbahnen, die sich nur langfristig und evolutionär auswirken werden. Daß diese Entwicklungen aber überhaupt so weit fortschreiten und zu solchen Lockerungen führen konnten wie in der Tschechoslowakei, ist bezeichnend für den Umwandlungsprozeß, der gegenwärtig in Osteuropa im Gange ist.

Fabius

Progressive Akzente am 1. Mai

Die Maifeiern sind in den Nachkriegsjahren aus einem Kampftag der Arbeiterschaft mehr und mehr zu einem bloßen weiteren arbeitsfreien Tag geworden. Die Umzüge wurden kürzer und kürzer, die Ansprachen immer versöhnlicher und bürgerlicher. Und nur gerade die Fremdarbeiter mit ihren Transparenten, auf denen diese die besonderen Probleme ihrer teilweise autoritär regierten Heimatstaaten markierten, gaben den Veranstaltungen noch den Anstrich von Demonstrationen. An den meisten Orten war es auch diesmal nicht anders. In einzelnen größeren Städten allerdings — vor allem in Zürich — wurde die Harmonie in diesem Jahr durch einige schrille Dissonanzen gestört. Die «außerparlamentarische Opposition» der progressiven Studenten, die trotz geringer zahlenmäßiger Stärke außerordentlichen Widerhall findet, marschierte im Zuge mit, kam meist auch in der offiziellen Rednerschar zum Wort und sonderte sich dann Arm in Arm mit PdA-Gruppen zu inoffiziellen «Nachfeiern» demonstrativer Art ab, die indessen von großen Polizeiaufgeboten unter Kontrolle gehalten wurden.

Diese Situation veranlaßte verschiedene prominente sozialistische Politiker dazu, auch ihrerseits wieder vermehrt «progressive» Töne anzuschlagen. Man wird dafür Verständnis aufbringen müssen; denn es liegt auf der Hand, daß das Aufkommen einer «neuen Linken» die Sozialdemokratie vor heikle taktische Probleme stellt. Einerseits hat sie sich als Regierungspartei etabliert und sich von den alten revolutionären Ideologien deutlich abgewandt. Anderseits kann sie es sich nicht leisten, tatenlos zuzusehen, wie sie «links» überholt wird. Also versucht sie, die «Progressiven» so gut als möglich anzubinden.

Daß dies nicht so leicht ist, zeigte sich am 1. Mai. Die sozialistische Prominenz suchte mit gedämpft antiamerikanischen Vietnamkommentaren und anderen «progressiven» Themen bei den extremistischen Gruppen «anzukommen», blieb dabei aber sozusagen zwischen den Fronten hängen: Den «Progressiven» waren die Töne nicht progressiv genug; den gemäßigten Kreisen anderseits tönten diese zu schrill im Ohr. So drohten einzelne Redner beiden Seiten gegenüber das Gesicht zu verlieren. Auf die Dauer wird das Problem der «neuen Linken» kaum mit verbalen Verbeugungen zu bewältigen sein. Die Sozialdemokratie wird sich ihren Kurs sehr genau überlegen müssen, wenn sie nicht an Glaubwürdigkeit als Regierungspartei verlieren will.

Verschärfte Neuauflage der Überfremdungsinitiative

Vor wenig mehr als zwei Monaten atmeten alle jene erleichtert auf, denen an einer vernünftigen Regelung des Überfremdungsproblems gelegen ist: Die Zürcher Demokraten entschlossen sich, ihre unglücklich konzipierte Überfremdungsinitiative zurückzuziehen. Und nun kommt die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat», die im letzten Herbst ihren Spitzenkandidaten Dr. James Schwarzenbach in den Nationalrat brachte, und lanciert eine neue Initiative, die noch weit schlechter ist. Ihr Kernstück besteht in der Forderung, daß der Ausländeranteil in keinem Kanton einen Zehntel der schweizerischen Bevölkerung übersteigt. Was dies praktisch bedeuten würde, wird sofort klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß rund 40 Prozent der Arbeitsplätze unserer Produktionsbetriebe von Fremdarbeitern belegt sind und daß der Ausländeranteil im schweizerischen Durchschnitt 17,7 Prozent ausmacht. (Im Kanton Zürich sind es 20,1 Prozent, im Tessin 30, in Genf rund 43, in St. Gallen 15,4).

Da der Initiativtext keine Rückzugsklausel enthält, wird eine Volksabstimmung in zwei bis drei Jahren unumgänglich sein — gerade rechtzeitig für Herrn Schwarzenbach, um auf die Erneuerungswahlen hin wieder gründlich ins Gespräch zu

kommen. Es kann kaum ein Zweifel über das Schicksal der Initiative in einer Abstimmung bestehen. Das Schweizervolk wird sich mit einem solch massiven Anschlag auf die wirtschaftliche Existenz sicherlich nicht befreunden können. Auch so wird aber der Schaden noch groß genug sein, indem unser Land der Umwelt das Schauspiel einer Auseinandersetzung bieten wird, bei der auf der einen Seite mehr mit irrationalen als mit sachlichen Argumenten gekämpft werden dürfte. Der in manchen Kreisen schwelende Fremdenhaß wird sozusagen auf Breitleinwand projiziert und künstlich angeheizt werden. Und das in einem Land, das seit Jahr und Tag auf enge Beziehungen mit der Umwelt angewiesen ist und das außerdem humanistische Traditionen zu bewahren und zu verteidigen hat!

Schweizerische Präsenz in der Sowjetunion

In Moskau wurde am 12. Mai eine Ausstellung über zeitgenössische Architektur in der Schweiz eröffnet. Sie ist von der Pro Helvetia organisiert worden und soll später auch noch in Leningrad gezeigt werden. Man kann solche Unternehmungen nur mit allem Nachdruck unterstützen. Es zeigt sich immer wieder, daß das Publikum in den Oststaaten äußerst schlecht über den Westen informiert ist und daß es darauf brennt, diese Informationslücke durch Kenntnisse aus erster Hand zu schließen. Zwar ist der Raum, den die Regierungen für eine solche Informationstätigkeit abstecken, nach wie vor ziemlich eng begrenzt. Er könnte aber gerade von schweizerischer Seite noch mehr ausgenützt werden. Angesichts der verhältnismäßig geringen Mittel, die der Pro Helvetia für solche Zwecke zur Verfügung stehen, wäre dabei zu überlegen, ob sich nicht Schwerpunktbildungen rechtfertigen würden. Man könnte sich zum Beispiel fragen, ob die Tätigkeit nicht vor allem auf die osteuropäischen Kleinstaaten konzentriert werden solle. Dort ist die geistige Not besonders groß. Und dort könnte unser Land auch in besonderem Maß an alte traditionelle Bindungen und Beziehungen anknüpfen.

Eine Abstimmung mit unerquicklichen Hintergründen

Die eidgenössische Abstimmung vom 19. Mai war kein Anlaß für demokratische Hochgefühle. Sie kam zustande, weil eine Großfirma das Referendum ergriffen hatte. Es wurde nicht an Hinweisen gespart, daß es ihr dabei vor allem um eigene Geschäftsinteressen gegangen sei; und in der Tat hat es etwas Stoßendes, daß der interessenpolitische Gebrauch des Referendums solch extreme Blüten treibt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Vorlage selbst und vor allem die Art, wie sie vom Parlament behandelt worden war, grundsätzliche Bedenken auslösen mußte. Der Kampf um den Preisschutz, dessen Verfassungswidrigkeit unbestritten war, wies geradezu entlarvende Züge auf. Unangenehm mußte dabei vor allem berühren, mit welcher Selbstverständlichkeit im Nationalrat die Interessenstandpunkte ausgespielt wurden. In dieser Hinsicht kam der Abstimmungskampagne sicherlich eine pädagogische Wirkung zu.

Das Volk hat sich in seiner Mehrheit dieser Kritik angeschlossen. Es lehnte die Vorlage mit 297208 Nein und 277115 Ja bei ausgesprochen schwacher Stimmbeteiligung ab. Es wird sich nun zeigen, ob die Befürworter recht behalten mit ihrer Voraussage, daß es sachlich so oder so aufs gleiche herauskomme, weil die Bearbeitung der Vorlage Jahre in Anspruch nehme und inzwischen die alte Ordnung mit unbefristetem Preisschutz in Kraft bleibe. Man sollte allerdings meinen, daß die Bereinigung bei einigem guten Willen rascher unter Dach gebracht werden könnte. Für die Eliminierung eines einzigen von insgesamt 49 Artikeln müßten einige Monate genügen.

Mehr Lohn für die Bundesräte?

Im Zusammenhang mit Berufungen von Spezialisten in den Bundesdienst haben in letzter Zeit die Spitzengehälter der eidgenössischen Chefbeamten wie der höchsten Magistraten des öftern zu reden gegeben. Es zeigt sich immer wieder, daß die Bundes-

verwaltung Mühe hat, wirklich die bestmöglichen Leute zu bekommen, weil sie in Besoldungsfragen der Wirtschaft gegenüber nicht konkurrenzfähig ist. Ähnlich ist die Situation in bezug auf die Auswahl der politischen Kader.

Die Finanzkommission des Nationalrates hat beschlossen, hier für Abhilfe zu sorgen. Sie wird dem Plenum beantragen, die Grundbesoldungen der Regierungsmitglieder von 80000 auf 110000 Franken zu erhöhen. Auch die Repräsentationsentschädigungen von bisher 20000 Franken sollen um 10000 Franken erhöht werden. Die Gehälter der Bundesrichter und des Bundeskanzlers erfahren nach diesen Anträgen ebenfalls eine deutliche Verbesserung. Die Parlamentarier ihrerseits sollen künftig in den Genuß einer Grundvergütung von 3000 Franken gelangen, um damit für ihre persönlichen Vorbereitungsarbeiten entschädigt zu werden.

Diese Vorschläge dürften da und dort Staub aufwirbeln. Bei nüchterner Betrachtung wird man aber sagen müssen, daß die Anträge durchaus vertretbar sind. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Das gilt auch für Bundesräte. Ihre Verantwortung und ihre Belastung sind außerordentlich. Dem ist auch bei der Besoldung Rechnung zu tragen.

Auf dem Weg zu einem Regierungsprogramm?

Am 20. Mai wurden die «Richtlinien für die Regierungspolitik» veröffentlicht, die der Bundesrat im Anschluß an parlamentarische Vorstöße ausgearbeitet hat. In der Junisession soll das Parlament Gelegenheit zur «Kenntnisnahme vom Bericht» erhalten — was praktisch bedeutet, daß der Bundesrat nicht daran denkt, die ausdrückliche Genehmigung der Bundesversammlung einzuholen. Auch sonst hat die Regierung alle Sicherungen eingebaut, um sich die volle Handlungsfreiheit zu wahren. In der Einleitung heißt es ausdrücklich, daß die Richtlinien *keine rechtliche Verpflichtung* darstellen. Auch wird betont, daß je nach den Umständen mit sachlichen oder zeitlichen Abweichungen zu rechnen sei, die immerhin in besonderen Botschaften oder im Geschäftsbericht begründet werden sollen.

Eine erste Durchsicht der einzelnen Kapitel zeigt im übrigen, daß es sich nicht um ein detailliertes Programm, sondern um die Darstellung genereller Tendenzen und Entwicklungen handelt. Es ist unschwer vorauszusehen, daß diese Tatsache in manchen Kreisen Kritik auslösen wird. Anderseits entspricht ein solches *pragmatisches* Vorgehen ohne Zweifel den politischen Gegebenheiten eines föderalistischen Systems mit kollegialer Allparteienregierung. Im übrigen wird erst eine eingehendere Analyse darüber Aufschluß geben können, wie weit es sich um mehr handelt als um einen «Allgemeinen Überblick», wie er in den letzten Jahren jeweils dem Geschäftsbericht vorangestellt worden ist.

Unabhängig von den «Richtlinien» für die Bundesratstätigkeit bleibt die Frage offen, ob sich nicht auch die Bundesratsfraktionen um ein Rahmenprogramm bemühen müßten. Die Verwirklichung dieses Postulats wäre sicherlich nicht einfach. Doch ist anderseits nicht einzusehen, wie auf längere Sicht eine Straffung der Regierungspolitik ohne bessere Zusammenarbeit der Regierungsfraktionen möglich sein soll.

Spectator